

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

Dossier: Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit 1990-2000

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit 1990–2000, 1993 – 1999*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 16.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Kurse zur selbständigen Unternehmensführung	1
Motion Brunner zur "permanenten Weiterbildung" (Mo. 93.3289)	1
Gezielte Arbeitszeitverkürzungen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit	1
Flexible Arbeitszeitgestaltung (Po.94.3212)	2
Kantonale Volksinitiativen für die Schaffung von staatlichen Beschäftigungsprogrammen	2
Zweiter Arbeitsmarkt für dauerhaft arbeitslose und erwerbsbehinderte Personen	2
Starthilfe zur selbständigen Erwerbsarbeit	2
PTT Pilotprojekt Solidaritätsmodell	3
Erwerbslosigkeit verringern Teilzeitarbeit gleitende Pensionierung	3

Abkürzungsverzeichnis

SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
AVIG	Arbeitslosenversicherungsgesetz
BWA	Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit
SMUV	Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)

USS	Union syndicale suisse
LACI	Loi sur l'assurance-chômage
OFET	Office fédéral de l'économie et du travail
FTMH	Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie)

Kurse zur selbständigen Unternehmensführung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.07.1993
MARIANNE BENTELI

Arbeitsmarkt

Einen innovativen Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschritt die Stiftung "Pro Patria". Mit Unterstützung des Bundes und unter der Leitung von alt Nationalrätin Monika Stocker (gp, ZH) bot sie Arbeitslosen – vor allem Frauen und Jugendlichen – **Kurse zur selbständigen Unternehmensführung** an, um so direkt individuelle Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Unterstützt von privatem Sponsoring lancierte auch der Kanton Solothurn ein Starthilfe-Projekt, um aus Arbeitslosen Unternehmer zu machen.¹

Motion Brunner zur "permanenten Weiterbildung" (Mo. 93.3289)

MOTION
DATUM: 08.10.1993
MARIANNE BENTELI

Arbeitsmarkt

Nationalrätin und SMUV-Gewerkschaftspräsidentin Brunner (sp, GE) nahm das zweite Standbein der SGB-Strategie gegen die Arbeitslosigkeit, die **permanente Weiterbildung**, in einer Motion auf und verlangte, im Rahmen der Revision des AVIG sei ein Solidaritäts-Weiterbildungsurlaub einzuführen. Die Weiterbildung eines fest Angestellten sollte damit während eines Jahres auf Kosten der Arbeitslosenversicherung finanziert werden, ein Arbeitsloser in der Zwischenzeit bei regulärem Lohn diesen ersetzen. Der Bundesrat war bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, doch wurde auch dieses von Allenspach (fdp, ZH) bekämpft und schliesslich – wenn auch nur knapp – abgelehnt.²

MOTION
DATUM: 08.10.1993
MARIANNE BENTELI

Als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit bezeichneten die Gewerkschaften auch ihre Forderung nach einer Verbesserung der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmenden durch einen alle zwei Jahre stattfindenden **bezahlten Bildungsurlaub** für alle. Finanziert würde dieses Programm paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit maximal je 0,5 Lohnprozenten. Der SGB verlangte auch Intensivkurse für bildungswillige Erwachsene, insbesondere Arbeitslose, Vorkurse für bildungsschwächere Arbeitslose sowie ein von der Arbeitslosenversicherung bezahltes Nachholen der Grundausbildung für Erwachsene, die mindest zehn Jahre eine Arbeit ohne entsprechenden Berufsschulabschluss verrichtet haben. Dafür sollten primär Gelder der 1990 vom Parlament beschlossenen Weiterbildungsoffensive eingesetzt werden. Eine entsprechende Motion Brunner (sp, GE) wurde auch in der Postulatsform von Allenspach (fdp, ZH) bekämpft, weshalb deren Behandlung verschoben wurde.³

Gezielte Arbeitszeitverkürzungen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 29.04.1994
MARIANNE BENTELI

Arbeitszeit

Mehrere Studien kamen aus ganz verschiedener Perspektive zum Schluss, dass **gezielte Arbeitszeitverkürzungen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit** führen könnten. Postuliert wurden dabei nicht generelle, sondern konjunkturzyklische Arbeitszeitverkürzungen, die sowohl den persönlichen Wünschen der Arbeitnehmer als auch der Kostenstruktur der Unternehmungen entsprechen müssten. Unter dem Motto "solidarische Arbeitszeitverkürzung" schlug der SGB vor, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten solle die Arbeitslosenversicherung Anreize für Arbeitszeitverkürzung schaffen, indem sie gemeinsam mit dem Arbeitgeber je 40% der damit verbundenen Kosten übernehmen würde, während auf den Arbeitnehmer 20% entfallen sollten.⁴

Flexible Arbeitszeitgestaltung (Po.94.3212)

POSTULAT
DATUM: 07.10.1994
MARIANNE BENTELI

Arbeitszeit

Mit einem Postulat wollte der Berner SP-Nationalrat Strahm den Bundesrat bitten, eine Erhebung über die Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie über das Potential der wirtschaftlich teilbaren Arbeitsplätze in der Schweiz durchzuführen. Die Resultate dieser repräsentativen Erhebung sollten Grundlagen für eine solidarische und **flexible Arbeitszeitgestaltung** in der Zukunft liefern. Da der Vorstoss von den Nationalräten Allenspach (fdp, ZH) und Leuba (lp, VD) bekämpft wurde, musste die Diskussion verschoben werden.⁵

Kantonale Volksinitiativen für die Schaffung von staatlichen Beschäftigungsprogrammen

KANTONALE POLITIK
DATUM: 30.12.1994
MARIANNE BENTELI

Arbeitsmarkt

Die von der SP und den Gewerkschaften in mehreren Kantonen eingereichten **Volksinitiativen für die Schaffung von staatlichen Beschäftigungsprogrammen**, welche mit Steuerzuschlägen auf mittleren und hohen Einkommen und Vermögen finanziert werden sollten, fanden an der Urne keine Zustimmung. Sowohl in St. Gallen als auch in Schaffhausen wurden sie mit deutlichen Mehrheiten (je 81%) **verworfen**.⁶

Zweiter Arbeitsmarkt für dauerhaft arbeitslose und erwerbsbehinderte Personen

POSTULAT
DATUM: 13.12.1996
MARIANNE BENTELI

Arbeitsmarkt

Der Nationalrat überwies ein Postulat Strahm (sp, BE), welches den Bundesrat beauftragte, die Möglichkeiten zur Förderung eines zweiten, **ergänzenden Arbeitsmarktes** für dauerhaft arbeitslose und erwerbsbehinderte Personen zu prüfen und dabei insbesondere die bessere Koordination von Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe und Invalidenversicherung zu prüfen.⁷

Starthilfe zur selbständigen Erwerbsarbeit

MOTION
DATUM: 19.12.1997
MARIANNE BENTELI

Arbeitsmarkt

Eine Motion Gysin (sp, BS), welche verlangte, die **Starthilfe** an Arbeitslose **zur selbständigen Erwerbsarbeit** sei auszudehnen, wurde in jenen Punkten gutgeheissen, die arbeitslosenversicherungsrechtlich relevant sind (Erhöhung der Zahl der besonderen Taggelder sowie Verlängerung der Frist für Bürgschaften). Ein Postulat Comby (fdp, VS) [97.3417], welches den Bundesrat ersuchte, zusammen mit den Sozialpartnern zu prüfen, wie mit neuen Modellen, über Steuererleichterungen oder eine Senkung der Soziallasten die Innovation gefördert und eine bessere Verteilung der Arbeit erreicht werden könnte, wurde von Hasler (svp, AG) bekämpft und so vorderhand der Beratung entzogen.⁸

MOTION
DATUM: 04.03.1999
MARIANNE BENTELI

Der Ständerat überwies im Einvernehmen mit dem Bundesrat eine Motion des Nationalrates, die eine Ausdehnung der **Starthilfe** an Arbeitslose zur Aufnahme einer **selbständigen Erwerbsarbeit** verlangt.⁹

PTT Pilotprojekt Solidaritätsmodell

ANDERES
DATUM: 28.01.1998
MARIANNE BENDELI

Arbeitsmarkt

Die PTT führten in den Kantonen Zürich, Freiburg, Jura und Tessin ein **Pilotprojekt** zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach dem sogenannten **Solidaritätsmodell** ein. Sie nutzten dafür die im AVIG gegebene Möglichkeit, dass Pilotprojekte zur Arbeitsbeschaffung finanziell unterstützt werden können. Nach Absolvierung eines Einführungskurses wird ein Arbeitsloser während 12-18 Monaten in eine Gruppe von drei freiwilligen Postbeamten mit gleichem Arbeitsort und -pensum integriert. Nach dem Rotationsprinzip arbeiten alle vier Personen drei Wochen und beziehen dann eine Woche Freizeit. Für Angestellte mit Betreuungspflichten reduziert sich der Lohn um 7%, für die anderen um 10%. Die Differenz bezahlt die Arbeitslosenkasse.¹⁰

Erwerbslosigkeit verringern Teilzeitarbeit gleitende Pensionierung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 17.11.1998
MARIANNE BENDELI

Arbeitszeit

Nach Meinung von Deutschschweizer Unternehmen können nur zwei Arbeitszeitmodelle mithelfen, die **Erwerbslosigkeit** zu **verringern**, nämlich die flexible **Teilzeitarbeit** sowie die vorzeitige oder **gleitende Pensionierung**. Negativ beurteilt wurde eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Dies ging aus einer Umfrage hervor, welche im Auftrag des BWA durchgeführt wurde. Die Studie zeigte, dass 70% der Unternehmen bereits flexible Arbeitszeitmodelle einsetzen, allerdings nahezu ausschliesslich die klassischen (gleitende Arbeitszeit und fix definierte Teilzeitarbeit). Zudem gelten diese neueren Arbeitszeitregelungen nur selten für alle Beschäftigten eines Unternehmens. Rund ein Viertel der befragten Unternehmen gab an, Arbeitszeitmodelle mit einem längeren Bezugszeitraum eingeführt zu haben. Darunter fallen Formen wie die flexible oder gleitende Pensionierung, sowie Jahresarbeitszeitmodelle.¹¹

1) Bund, 20.10.93; Presse vom 27.7.93.

2) Amtl. Bull. NR, 1993, S. 1624.

3) Amtl. Bull. NR, 1993, S. 1959 f.; Presse vom 24.3.93. (Amtl. Bull. NR, 1993, S. 2026 ff. und 2147 f.).

4) Lit. Würzler.; Presse vom 29.4.94.

5) Amtl. Bull. NR, 1994, S. 1902 f.

6) In den Kantonen BE, FR und NE wurden solche Initiativen neu eingereicht. Siehe dazu unten, Teil II, 2b. 15

7) Amtl. Bull. NR, 1996, S. 2411.13

8) Amtl. Bull. NR, 1997, S. 2834 f.15; Amtl. Bull. NR, 1997, S. 2845 f.16

9) Amtl. Bull. StR, 1999, S. 95. Siehe SPJ 1997, S. 233.

10) CdT, 9.1.98; TA, 19.1.98; NQ, 28.1.98.

11) Lit. Blum/Zaugg; Presse vom 5.12.98.